

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 26

Artikel: Wie hilft man Osteuropa?
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie hilft man Osteuropa?

Osteuropa bricht zur Demokratie auf, und der Westen möchte helfen. Aber wie soll das geschehen?

Viel schneller als erwartet, hat die «Revolution von unten» in der DDR das SED-Regime in die Ecke gedrängt. Nach Ungarn und Polen wird jetzt auch in der DDR das nach dem Krieg von Moskau aufgezwungene kommunistische System im Eiltempo abgeschafft. Der Prozess des «Roll back» schreitet nach der Sturzregel der Domino-Steine voran. Nach Schiwkoffs Ablösung kam Bulgarien an die Reihe. Und auch die Tschechoslowakei blieb nicht lange eine Insel des Stalinismus. Dass Gorbatschow keine Einwände gegen die revolutionären Änderungen in Osteuropa hat, weist auf die Zielrichtung seines politischen Kurses.

Rasante Politik – stagnierende Wirtschaft

Die Wiederherstellung der alten politischen Infrastruktur, der parlamentarischen Demo-

kratie mit Mehrparteiensystem in den Ex-Satellitenländern der Sowjetunion, findet in immer kürzerer Zeit statt, wie die Beispiele DDR und CSSR zeigen. Aber der Übergang von der staatlichen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft mit privatem Charakter, der für die Abschaffung der Armut unentbehrlich ist, erweist sich als unvorstellbar schwierig, weil alle Volkswirtschaften in diesem Raum, inklusive der sowjetischen, im Grunde konkursreif sind.

Westliche Beobachter stellen in Polen und in Ungarn mit Überraschung fest, wo die politischen Rahmenbedingungen schon gegeben sind, dass die wirtschaftliche Umgestaltung auf der Stelle tritt, obwohl die Regierungen die notwendigen Reformpläne und -programme längst ausgearbeitet hatten. Auch die westliche finanzielle Starthilfe steht zur Verfügung. Trotzdem geschieht wenig, weil die entscheidenden praktischen Schritte zum Start noch immer nicht gemacht wurden. Es herrscht grosse Ratlosigkeit und Angst vor dem Neuen – freilich nicht nur in Warschau und in Budapest, sondern vielmehr in Moskau, wo Gorbatschow eigentlich vor den gleichen Problemen steht. Die wirtschaftliche Stagnation fällt insbesondere im Falle Ungarns auf, wo das System eigentlich seit 1968 reformiert wird, aber im Bereich der Effektivität und der Wettbewerbsfähigkeit ist alles beim alten geblieben. In der ungarischen Wirtschaft verschwinden die Reformgesetze wie in einem Bermuda-Dreieck – ohne jegliche Wirkung. Die Konkurrenzfähigkeit der ungarischen Industrieprodukte ist sogar in den letzten Jahren schlechter geworden.

All das deutet darauf hin, dass es sich in den osteuropäischen Ländern nicht einfach um eine Wirtschaftskrise handelt, sondern um viel mehr. Die Volkswirtschaften sind hier als eine Konkursmasse zu betrachten, denn sie können ihre Krise aus eigener Kraft nicht mehr bewältigen. Nicht nur wegen der hohen Dollar-Verschuldung, wo der Tilgungs- und Zinsendienst den grössten Teil ihrer Exporterlöse auffrisst, sondern vor allem deshalb, weil die Betriebe trotz des niedrigen Lohnniveaus das zu ihrer Modernisierung notwendige Kapital nicht bereitstellen können. Der Übergang zur Marktwirtschaft ist mit der Entscheidung gar nicht zu bewerkstelligen, dass die Regierung eines Tages beschliesst, sich aus der Wirtschaft

zurückzuziehen. Trotz zahlreicher Reformgesetze sind die Bedingungen zur Umgestaltung noch gar nicht gegeben.

Zuerst ein Konkursverfahren

Die Regierungen müssen zuerst das «Konkursverfahren» eröffnen und im Rahmen dieser bitteren Selbstprüfung erfahren, welche Unternehmen Exportchancen auf dem Weltmarkt hätten, welche für den inneren Konsum oder Bedarf unentbehrlich und welche nicht mehr zu retten sind. Zu dieser letzten Kategorie gehören vor allem die Betriebe der Schwerindustrie, deren Schicksal jetzt völlig aussichtslos scheint, die aber aus beschäftigungspolitischen Gründen zurzeit noch kaum geschlossen werden können.

In Westeuropa wurde die Nachricht mit grosser Aufmerksamkeit registriert, dass die Sowjetunion ihre osteuropäischen Verbündeten aufforderte, sie sollten ihre Rüstungsindustrie auf die Produktion des Zivilkonsums umstellen. Nach diesen Informationen aus Prag und Sofia annullierte die sowjetische Regierung bereits zahlreiche Lieferverträge im Rüstungssektor bei den Osteuropäern. Im Hinblick auf die Tatsache, dass die Schwerindustrie in den Satellitenländern hauptsächlich für die sowjetische Rüstung produzierte, bedeutet der Moskauer Lieferstopp für sie eine drastische Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. Ob westliche Firmen ein Interesse hätten, der Schwerindustrie in Osteuropa Aufträge zu geben oder deren Betriebe zu kaufen, ist sehr fraglich, zumal diese mit komplett veralteten Techniken produzieren.

Beim «Konkursverfahren» zur Qualifizierung der Staatsbetriebe müssten die osteuropäischen Regierungen westliche Manager mit Übersicht auf dem Weltmarkt und mit weltweiten Branchenkenntnissen engagieren, auch wenn es viel Geld kostet. Die Kenntnisse des Aussenhandelsapparats dieser Länder reichen – wie die Praxis zeigte – nämlich nicht aus, diese zur Korrektur der Industriestruktur äusserst wichtige Arbeit zu leisten.

Investitionen brauchen Eigentumsreform

Die Überprüferkommissionen könnten zugleich die betrieblichen Daten zu einer staatlichen Vermögensabschätzung liefern, was zur Eigentumsreform unentbehrlich ist. Da der Übergang zur Marktwirtschaft ohne Entscheidungen, was nun mit dem Produktivvermögen des Staates zu geschehen hat, nicht in Frage kommen kann, sollten spätestens nach den ersten freien Parlamentswahlen die Volksvertretungen Beschlüsse über das Volumen der Privatisierung fassen. Solange die Eigentumsreform gesetzlich nicht geregelt wird, so lange kann man auch kaum damit rechnen, dass das gewünschte ausländische Investitionskapital an den Türen klopft.

In dieser Nummer

Tendenzbefund	4
Sowjetunion und Osteuropa	
Parteien in der UdSSR	5
Der politische Pluralismus kommt	
Christen im Sozialismus	7
Ein Buch über die frühe DDR	
Ein Friedenspakt?	9
Das Jahr 1939 und die Schweizer Kommunisten	
Die Mongolei	12
Perestrojka auf asiatisch	

Das staatliche Produktivvermögen ist im Grunde das Ergebnis einer 40jährigen Arbeit der Gesamtgesellschaft. Deshalb ist die Frage, wem die Betriebe verkauft werden, in Osteuropa eine politische Frage ersten Ranges. Eigentlich müsste man zumindest einen Teil dieses Vermögens an die Bevölkerung (Volksaktien) verteilen, was aber praktisch kaum lösbar scheint. In diesem Falle besteht nämlich die Gefahr, dass die Armut die meisten Menschen zum Verkauf des Aktienbesitzes an Spekulanten treiben würde. Eine gerechte, für alle Schichten befriedigende Lösung erscheint hier als ungemein schwierig.

Es versteht sich von selbst, dass der Staat aus der Lenkung der Gesamtwirtschaft auch nach Einführung der Marktwirtschaft nicht aussteigen kann. Er soll nur mit dem Kommandieren der Unternehmen aufhören. Die vor 40 Jahren von der Sowjetunion aufgezogenen Wirtschaftsstrukturen müssen geändert werden. Die Gestaltung des neuen, den Gegebenheiten der einzelnen Länder entsprechenden Profils der Wirtschaft mit finanziellen Mitteln ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Es geht ja um die wirtschaftliche Zukunft der einzelnen Länder auf lange Sicht. Dementsprechend muss der Staat Massnahmen treffen, dass das einströmende ausländische Investitionskapital in die richtigen Kanäle fliesst und die investierenden ausländischen Unternehmen ihren richtigen Partner schnell, ohne eine langwierige Prozedur finden können. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen staatlichen Zulassungsverfahren, der Stempelbürokratie, wäre hier völlig fehl am Platze. Dies würde nur eine weitere Abschreckung westlicher Unternehmen vor einem osteuropäischen Investitionsabenteuer zur Folge haben.



Partei und Solidarnosc: «Zusammen.»
(«Szpilki», Warschau, Nr. 44/1989)

Zur Lösung dieser Probleme haben die chinesischen Reformer einen sehr erfolgreichen Weg gefunden, der jetzt, auch nach dem Staatsstreich der orthodoxen Kommunisten in der Parteispitze im Juni, unverändert blieb. Reformvater Deng Xiaoping gründete vor zehn Jahren ein grosses staatliches «Privatunternehmen» zur Modernisierung der chinesischen Wirtschaft mit ausländischem Kapital, die CITIC (China International Trust and Investment Corporation). Mit der Leitung der CITIC hatte Deng den einst reichsten chinesischen Unternehmer, Rong Yiren – «chinesischer Rockefeller» genannt – beauftragt. Im Vorstand sitzen auch chinesische Millionäre aus Hongkong und Macao. Die CITIC, die wichtigste Anlaufstelle für ausländische Investoren, die völlig selbständig mit «kapitalistischem» Management, geführt wird, besorgt alles, was für die Modernisierung Chinas wichtig ist. Die CITIC hat in zehn Jahren Dutzende von gemischten Unternehmen gegründet, die hauptsächlich für den Weltmarkt produzieren. Eine derartige Institution zum Import der gewünschten High-Tech gibt es in Polen oder Ungarn noch nicht.

Was in den polnischen und ungarischen Umgestaltungsplänen nicht zu finden ist, das sind die Vorstellungen, wie die Kaufkraft der Bevölkerung ziemlich schnell erhöht werden kann. Mit dem heutigen Lohn- und Einkommensniveau in diesen Ländern kann man kaum den Übergang zur Marktwirtschaft riskieren. Die Marktlage wird ja von der Nachfrage bestimmt, von der anwesenden Kaufkraft. Danach richtet sich die Warenproduktion. Die inneren Märkte spielen dabei eine sehr wichtige Rolle, weil die Exportchancen der Ostblockländer ohnehin gering sind. Ohne höheres Konsumniveau kann man – wie geplant – auch den Import nicht liberalisieren, denn die innere Produktion geriete sonst in grosse Gefahr, ihre Waren nicht absetzen zu können. Vorstellungen also, die Warenproduktion jahrelang schneller zu erhöhen als die Kaufkraft der Bevölkerung, sind total verfehlt und könnten den gewünschten Aufschwung in unbekannte Ferne rücken.

Fazit

Zusammenfassend: Zu Wirtschaftsreformen brauchen die Länder Osteuropas erstens ein «Konkursverfahren» zur Bestandsaufnahme der Produktionsqualität der Betriebe, zweitens eine staatliche Vermögensabschätzung, drittens eine Reform des produzierenden Eigentums und eine umfassende Strukturreform der Wirtschaft, viertens eine zentrale Anlaufstelle für das ausländische Investitionskapital, fünftens die drastische Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung zur Ankurbelung der Produktion und schliesslich sechstens kompetente Regierungen, die im Hintergrund mit einem freigewählten Parlament die Kraft haben, diese unerlässlichen Operationen durchzuführen. ■

Rumänien

Das Jahr 1989 hat den Osteuropäern die Freiheit gebracht. Das heisst, die Osteuropäer haben sich die Freiheit geholt. Zuletzt unter hohen Blutopfern durch einen Volksaufstand in Rumänien.

«Wenn in Rumänien der alte und störrische Ceausescu geht, wird wohl auch seine Familiensippe von ihren Posten gefegt, und dann bleibt so gut wie nichts an bisheriger Macht übrig. Das verspricht einen gründlichen Umsturz und vielleicht einen weniger gewaltlosen als in der DDR, denn die rumänische Tyrannei ist von der Art, die zur Abrechnung reizt.» Das hatten wir in der Nummer vom 16. November geschrieben, und einen Monat später liess sich der Umsturz an, zu dem allerdings nicht der Abgang des Diktators das Signal gegeben hatte.

Der öffentliche Protest kam zuerst, und bezeichnenderweise begann er in Siebenbürgen. Den allgemeinen Hintergrund bildete der gewaltige Aufbruch in den Nachbarländern, und den besonderen Anlass gab die sicherheitspolizeiliche Verschleppung des Pastors Laszlo Tokes. Die Bewohner von Temesvar/Timisoara, der ungarische und der rumänische Bevölkerungsteil zusammen, reagierten mit anschwellenden Strassendemonstrationen, und das Regime reagierte mit der besonderen Brutalität, die es schon zuvor ausgezeichnet hatte. Offensichtlich gedachte man die Lektion vom Juni auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking zu wiederholen, und was die Securitate mit ihren Truppen an Massakern veranstaltete, übertraf jenes «Vorbild» noch. Tausende wurden umgebracht, man folterte und ermordete die Gefangenen, einschliesslich Kinder.

Aber im Unterschied zu den Geschehnissen auf dem Tiananmen-Platz in China und zum landeseigenen Präzedenzfall von Brasov zwei Jahre zuvor vermochte das den Aufbruch nicht niederzuhalten. Vielmehr verbreitete er sich und griff auf Bukarest über. Ceausescu, von einem Staatsbesuch aus Iran zurückgekehrt, wollte am 21. Dezember seine eigenen Getreuen zu einer Kundgebung vor dem Präsidentenpalais zusammenrufen, aber statt des kommandierten Jubels brandete ihm der Ruf «Zurücktreten» entgegen. Das rumänische Fernsehen zeigte sein verstörtes Gestikulieren in Direktübertragung; das war sein letzter freigewählter Auftritt vor der Öffentlichkeit. Die nächsten Bilder von ihm strahlte das Fernsehen, inzwischen an die neue Macht übergegangen, am 25. Dezember aus; sie zeigten ihn vor der Hinrichtung.

Ceausescu wurde am 22. Dezember gestürzt und floh mit seiner Frau, die aktiven Anteil

Fortsetzung auf Seite 11